

## Kindersoldaten bei der Bundeswehr

**D**a schützt kein Jugendschutzgesetz: Rund 3.000 Minderjährige haben in den letzten drei Jahren bei der Bundeswehr das Schießen und Töten trainiert. Zu Kampfeinsätzen werden die 17jährigen noch nicht herangezogen. Aber das kann ja noch anders werden, wenn die CDU/CSU/SPD-Regierung dem Aufruf von Bundespräsident Gauck Folge leistet und weitere Auslandskriegseinsätze beschließt. Obwohl die Rekrutierungspraxis gegen internationale Kinderrechte verstößt, will die Bundesregierung darauf nicht verzichten.

Erfolg der Gegenwehr:

### Keine Tarifflicht bei den Stadtwerken

**N**ach heftigen Protesten der Belegschaft, mit kräftiger Unterstützung durch ihre Gewerkschaft VER.DI sowie durch BALL und SPD konnten Versuche der Stadtwerke-Leitung die Tarifbindung bei den Stadtwerken bzw. ihren Untergesellschaften aufzubrechen und Billigtarifverhältnisse einzuführen, vorerst gestoppt werden. Am Ende erklärten Vertreter aller Fraktionen – so im Hauptausschuss –, dass sie bei der Tarifbindung an den TVV bzw. TVÖD bleiben wollten.



### Erneuter Vorstoß: Schwimmvereine zur Kasse

**G**egen die Stimmen von BALL und GRÜNEN haben FWB, CDU und SPD im Werkausschuss eine drastische Erhöhung der Schwimmhallengebühren für das Vereinsschwimmen beschlossen: Von bislang 59,02 Euro pro Stunde in 2013 wurden die Nutzungsgebühren auf 69,82 Euro in 2014 angehoben. Das sind mal eben 18 %. Dabei waren die Gebühren sowieso schon an die Teuerungsrate angehängt. Im April muss die Stadtvertreterversammlung noch über den Antrag des Werkausschusses abstimmen.

## Stellungnahme der BALL-Fraktion zur Straßenausbaufinanzierung:

# Anliegerbeiträge drastisch senken!

**A**uf der Stadtvertreterversammlung vom 12.02.2014 wurden die Bauprogramme für die August-Christen-Straße und den Jittkamp vorgestellt und verabschiedet. Die BALL-Fraktion stimmte dagegen und gab folgende Stellungnahme ab:

„Auch wenn das Innenministerium eine weitere Erhöhung der Straßenausbaubeiträge für die Anlieger fordert, ist die BALL der Auffassung, dass die Ausbaubeiträge jetzt schon viel zu hoch ausfallen und deshalb drastisch gesenkt oder sogar ganz aufgehoben werden müssen.“

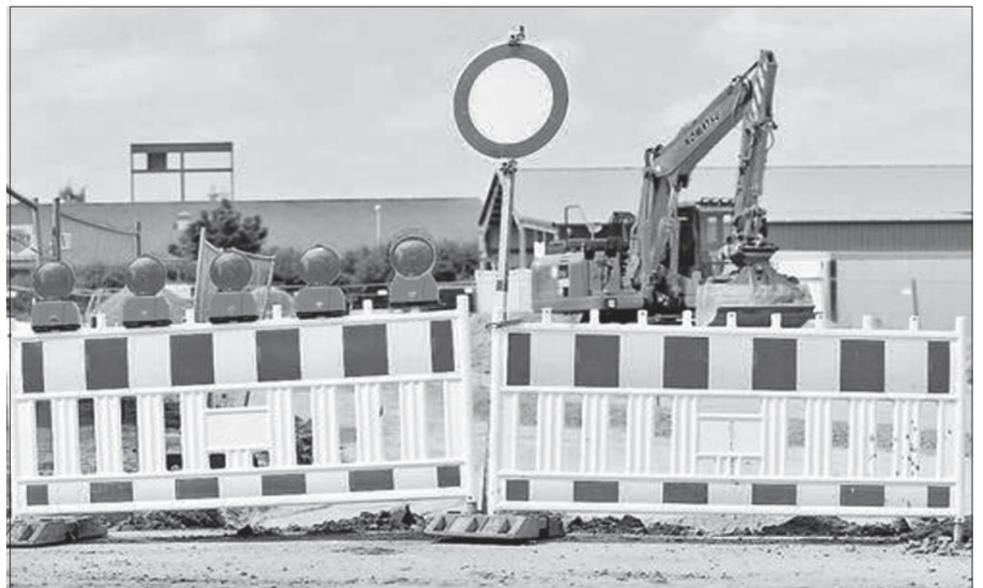
Wir haben zwar vor einigen Jahren der aktuellen Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zugestimmt, sind aber heute der Meinung, dass dies ein Fehler war und wir unser Verhalten korrigieren müssen.

Wer in einer Internetsuchmaschine das Suchwort „Straßenausbaubeiträge“ eingibt, wird sehen, dass die Praxis bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in den letzten

Jahren bundesweit massive Proteste ausgelöst hat. Selbst der Allgemeine Deutsche Automobil Club nimmt in einer aktuellen Broschüre mit dem Titel „Beiträge der Anwohner zum Straßenausbau in Städten und Gemeinden“ wie folgt Stellung: „Der ADAC fordert von den Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten: Schließlich sind die Kosten für das Straßennetz in Deutschland durch Steuern und Abgaben der Nutzer (z.B. Mineralöl- und Kfz-Steuer) bereits vollständig gedeckt.“

In Schleswig-Holstein wurde von der letzten Landesregierung die Pflicht der Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgehoben, aber durch die neue Landesregierung wieder eingeführt.

Die Abrechnung des Ausbaus verschiedener Straßen wie z. B. der Stettiner Straße und die derzeit laufende Abrechnung des Nappenhorn zeigen, dass die Höhe der Ausbaubeiträge



den Anwohnern nicht zugemutet werden kann.

Außerdem, wer versteht schon, dass beim Ausbau der Mühlenstraße die Meierei/Käsefabrik mit ihren Hunderten von LKW-Bewegungen pro Tag keinen Cent für einen Ausbau bezahlen muss – weil es sich hier um eine Kreisstraße handelt –, aber die Anwohner in den anderen städtischen Straßen zur Kasse gebeten werden?

Wer kann die Abrechnung des Nappenhorn-Ausbaus noch nachvollziehen, wenn die Anwohner in der Hellwieser Chaussee für den Ausbau des Nappenhorn mit bezahlen sollen und zukünftig umgekehrt? Bei der Abrechnung von Eckgrundstücken sollen die Anwohner im Nappenhorn für den Ausbau des Nappenhorn mit ihrer vollen Grundstücksfläche und für den Ausbau des

Jittkamps auch voll bezahlen. Auch die Festlegung bestimmter Nutzungsfaktoren für den Abrechnungsmodus ist für die Anwohner wirklich nicht mehr nachvollziehbar.

Wenn die BALL-Fraktion heute gegen die Ausbaupläne stimmt, bedeutet dies nicht, dass wir die Sanierung von Straßen ablehnen, sondern wir lehnen die Finanzierung mit überzogenen Straßenausbaubeiträgen ab.“

# Massive Proteste gegen Hundesteuererhöhung

**V**or der Stadtvertreterversammlung am 11. 02. demonstrierten ca. 80 Hundehalter gegen die geplante Erhöhung der Hundesteuer. Trotz der massiven Proteste beschlossen CDU, FWB, SPD und GRÜNE eine deutliche Erhöhung der Hundesteuer. Allein die BALL-Fraktion sprach sich gegen das drastische Abkassieren der Hundehalter aus. In der Stellungnahme der BALL-Fraktion heißt es u. a.:

„Die Stadtvertretung will heute die Hundesteuer für den ersten Hund von 84,- Euro bis auf 120,- Euro im Jahr 2016 erhöhen. Das ist eine Erhöhung um 43 % innerhalb von drei Jahren. Noch krasser sollen Besitzer mehrerer Hunde angegangen



werden: die Steuererhöhungen liegen zwischen 66 % und 114 %. Die BALL hat dieses drastische Abkassieren der Hundehalter bislang abgelehnt, und wir werden natürlich auch heute eine weitere Erhöhung der Hundesteuer ablehnen. Dafür

gibt es zwei Begründungen:

**Erstens:** Sie trifft Bezieher geringer Einkommen – Rentner, Arbeitslose – besonders hart. Die BALL unterstützt die berechtigten Proteste der Bürgerinnen und Bürger, die sich dagegen wehren, in immer neuen

Varianten zur Kasse gebeten zu werden.

**Zweitens:** Die BALL wird auch nicht dem Diktat der Landesregierung folgen. Diese diktiert den Gemeinden, wie hoch die Hundesteuer sein soll, und wenn die Stadtvertreter dem nicht folgen, wird der Stadt die Nicht-Erhöhung einfach bei einer eventuellen Fehlbetragszuweisung abgezogen. Dieser Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Stadtvertretung ist um ein Vielfaches schlimmer als die Beträge, um die es geht. Die Erhöhung der Hundesteuer senkt das Haushaltsdefizit der Stadt um nicht einmal ein halbes Prozent.“

Wortreich wurde der Umstand, dass wir hier einem

Diktat der Landesregierung unterliegen, vom Vorsitzenden des Hauptausschusses erläutert. Es gibt jedoch keinerlei Vorgaben zur Einstufung von Zweit- und Dritthunden. Wie hoch sie besteuert werden ist für eine Fehlbetragszuweisung nicht relevant.

BALL-Stadtvertreterin Marryke Herrmann erhob die Forderung, dass zumindest für einkommensschwächere Hundehalter – z. B. Bezieher von Hartz-IV



oder Grundsicherungsrente – eine Steuerbefreiung eingeführt werden sollte. Nun wird von der Verwaltung geprüft, ob Sozialpassinhaber von der Hundesteuer befreit werden können. Ein entsprechender Entwurf wird dann im Hauptausschuss beraten – immerhin eine erste Reaktion auf die Proteste der Hundehalter.

# Finanznot ohne Ausweg?

**D**er Haushalt der Stadt Barmstedt für das Jahr 2014 wurde am 11.2. von der Stadtvertretung gegen die Stimmen der BALL-Fraktion beschlossen. BALL-Stadtvertreter Helmut Welk erklärte zum Haushalt u. a.:

„Der Haushaltsentwurf sieht ein Defizit im Verwaltungshaushalt von 2,9 Mio. Euro vor. In dieser Situation ist es geradezu ein Erfolg, wenn im Zuge der Haushaltsberatungen weitere Einschnitte verhindert werden konnten: so konnten wenigstens die bescheidenen Fahrtzuschüsse für Kinder- und Jugendfahrten der Vereine erhalten bleiben, anvisierte Kürzungen in den Schulen wurden gestoppt, Stadtbücherei, Jugendzentrum, Seniorenarbeit und Sportförderung wurden im Wesentlichen erhalten. An der Gemeinschaftsschule werden endlich angemessene Lehrzimmer eingerichtet, die Außensportanlagen werden in diesem Jahr hergestellt und die Sanierung der Grundschule soll endlich im nächsten Jahr erfolgen.“

Auf der anderen Seite ist die Liste der Defizite und Kürzungen lang. Nur einige Beispiele:

■ Eine Vielzahl von sogenannten „freiwilligen Leistungen“ ist seit 1996 eingefroren und damit faktisch im Laufe der Jahre um 30 – 40 % gekürzt worden.

■ Eltern, die ihre Kinder im Kindergarten oder in der Krippe unterbringen wollen, landen trotz Rechtsanspruchs auf einer langen Warteliste, die im Übrigen seit Jahren vorhersehbar war. Auf der anderen Seite sind die Elternbeiträge in den Barmstedter Kindergärten seit Jahren viel zu hoch.



■ Die offene Jugendarbeit erfolgt auf Sparflamme. Es fehlen menschenwürdige Unterkünfte für Obdachlose und Flüchtlinge, so dass wieder Menschen in Not nach Langeln abgeschoben werden.

■ Jetzt wurde die Hundesteuer drastisch erhöht. Die Grundsteuer B, die von Eigenheimbesitzern und Mietern zu zahlen ist, und die Anliegerbeiträge bei Straßensanierungen befinden sich schon auf dem

Höchststand.

Trotz all dieser Defizite und Kürzungen, trotz des reichlichen Abkassierens der Bürgerinnen und Bürger ist die Haushaltslage desolat.

Die wesentlichen Ursachen dafür sind:

■ Die Finanz- und Steuerkraft der Barmstedterinnen

■ Zudem sind die Kommunalpolitiker den Schwankungen der Konjunktur ausgeliefert: mal bessern sich die Steuereinnahmen, mal verschlechtern sie sich. Die Märkte diktieren im Wesentlichen das, was vor Ort geschieht.

■ In der Gemeindeordnung von Schleswig-Holstein

und Barmstedter ist außerordentlich gering; nennenswerte Gewerbesteuererinnahmen kommen nur von wenigen Unternehmen.

■ Die Regierungen auf Bundes- und Landesebene stellen alle Gemeinden mit viel zu geringen Steueranteilen aus. Damit können sie ihre Aufgaben nicht bewältigen. So kommt es, dass alle Kommunen mit mehr als 130 Milliarden Euro verschuldet sind.

– ähnlich wie im Grundgesetz – heißt es, dass den Gemeinden das Recht der freien Selbstverwaltung zu gewährleisten sei. Dieses Recht der freien Selbstverwaltung ist in der Realität verkommen zu der „freien Entscheidung“, die Bürgerinnen und Bürger immer wieder zur Kasse zu bitten oder den Rotstift anzusetzen.

■ Die Diktate und Vorgaben, die von der Landesregierung bei der Beantragung von

zusätzlichen Finanzhilfen wie der Fehlbetragszuweisung gemacht werden, sind geradezu eine zusätzliche Verhöhnung des „Rechts zur freien Selbstverwaltung“.

Aus diesen grundsätzlichen Kritikpunkten wird die BALL dem Haushalt nicht zustimmen. Wir erwarten, dass die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt drastisch verbessert werden muss und dass strukturschwache Gemeinden entsprechende Ausgleichshilfen erhalten, über deren Verwendung sie frei entscheiden können.

Geld ist genug da, wie nicht nur die blitzschnell bereit gestellten Aber-Milliardenhilfen für Zocker-Banken zeigten. Wie mittlerweile allgemein bekannt ist, gehen dem deutschen Staat durch Steuerhinterziehung und Steuerflucht jährlich bis 190 Milliarden Euro verloren. Wenn nur rund die Hälfte davon in die Gemeindekassen fließen, hätte Barmstedt jährlich rund 10 Mio. Euro mehr zur Verfügung: Statt 3 Mio. Defizit gäbe es einen Haushaltsüberschuss von 7 Mio., und die Schulden wären schnell getilgt.

Ein solcher Politikwechsel, der den riesigen Einkommen, den großen Banken und Unternehmen die Steuerschlupflöcher wegnimmt, ist von dieser CDU/CSU/SPD-Bundesregierung nicht zu erwarten – und so wird es auch keinen Ausweg aus der desolaten Finanzlage auch unserer Stadt geben. Zumindest aber muß man gegen diese der Stadt aufgezwungene Finanznot protestieren.“

**Wir lassen uns nicht länger bespitzeln!**

**M**illionen Bundesbürger werden von amerikanischen und britischen Geheimdiensten bespitzelt. In Sichtweite der Bundesregierung steht die US-Botschaft mit einem ihrer zahlreichen Spionagezentren, das sogar Kanzler Schröder und Kanzlerin Merkel bespitzelte. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Praxis beendet ist. Auf fallend schweisams angesichts dieser unzähligen Straftaten und Grundrechtsverletzungen der Bundesbürger verhält sich die CDU/CSU/SPD-Regierung. Merkel, Steinmeier und Co. werden wissen warum, denn ihr BND hat offenbar die Bespitzelung unterstützt. Stattdessen will die Bundesregierung mit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung die Totalüberwachung der Bundesbürger noch toppen.

**Gen-Mais-Zulassung droht**

**J**etzt droht die Zulassung der genmanipulierten Maissorte 1507 und damit ein unkontrollierter Massenversuch mit unbekanntem Ausgang innerhalb der Europäischen Union. Obwohl 88 % der Bundesbürger sich gegen den Anbau des Gen-Mais aussprechen, hat die CDU/CSU/SPD-Regierung in Brüssel nicht für ein Anbauverbot gestimmt. Jetzt liegt die Entscheidung bei der EU-Kommission, und diese steht wie die Bundesregierung den Profitinteressen der Chemiekonzernen sehr nahe. Nur heftigste Gegenwehr aus der Bevölkerung kann den Gen-Maisanbau verhindern.

## Pressemitteilung der Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“:

# Zählungen der LKW-Bewegungen in der Mühlenstraße

Die BALL-Zeitung veröffentlicht an dieser Stelle eine Presseerklärung der Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“, über die bisher in anderen Zeitungen nur auszugsweise berichtet wurde.

**A**m 17.09.2013 und am 12.11.2013 hat die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ in der Zeit von 6:00 bis 22:00 Uhr Zählungen der LKW-Bewegungen in der Mühlenstraße und auf dem Betriebsgelände der Meierei/Käsefabrik durchgeführt. Diese ergaben folgende Ergebnisse:

■ Zur Meierei/Käsefabrik kamen an den Zähltagen 134 / 128 LKW, ebenso viele verließen das Betriebsgelände wieder. Dies waren 268 / 256

LKW-Bewegungen in der Mühlenstraße.

■ Fahrten bzw. Haltephasen mit ausgeschaltetem Motor und wieder Neustarten auf dem Gelände wurden 380 / 348 LKW gezählt.

■ Mit unnötig laufendem Motor standen 21 / 19 LKW auf dem Betriebsgelände.

■ Auf der Mühlenstraße fuhren während der Zählzeiten 37 / 80 LKW (über 7,5t), die nicht zur Meierei/Käsefabrik wollten.

Laut dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) wurden im Bebauungsplan für die Meierei/Käsefabrik max. 125 LKW pro Tag genehmigt. Dies war u.a. für die Belastung der umliegenden Wohngebiete und die Berechnung der Anzahl der benötigten Auffahrten bei der Meierei/Käsefabrik von Bedeutung. Die im B-Plan genehmig-



te LKW-Anzahl wurde an beiden Zähltagen überschritten. Das zeigt, die Meierei/Käsefabrik überschreitet hinsichtlich der an- und abfahrenden LKW-Bewegungen die genehmigten Grenzwerte. Eine Produktionserweiterung dürfte nach Meinung der Anwohnerinitiative nicht mehr genehmigt werden. Außerdem wurde beim Zählen festgestellt, dass über 60

Prozent der LKW die Meierei/Käsefabrik über die Innenstadt kommend anfahren und wieder verlassen. Hier fordert die Anwohnerinitiative, dass die Lieferfirmen endlich verpflichtet werden müssen, den innerstädtischen Bereich zu meiden und den Autobahnanschluss Horst zu nutzen.

Besonders gravierend ist die Belastung für die Anwoh-

ner in der Mühlenstraße durch Fahrten bzw. Haltephasen mit ausgeschaltetem Motor und wieder Neustarten auf dem Gelände der Meierei/Käsefabrik. Hier wurden 380 / 348 LKW-Bewegung gezählt, einige sogar in den Haltephasen mit unnötig laufendem Motor. Hier fordert die Anwohnerinitiative zum Schutz vor Lärm den Bau von schallschluckenden Lärmschutzwänden und regelmäßige Überprüfungen der Dieselauf-/Feinstaubbelastung.

Der Bau der Meierei/Käsefabrik - direkt von Wohngebieten umgeben - stellt sich von Tag zu Tag mehr als eine große Fehlplanung dar. Deshalb muss die Barmstedter Stadtvertretung die Meierei/Käsefabrik zu einem Verzicht auf weitere Standortvergrößerung bewegen. Die Produktion muss perspektivisch schrittweise in ein dafür geeignetes Industriegebiet mit vorhandenem Autobahnanschluss verlegt werden.

**Abholzen für mehr LKWs durch die Innenstadt**

**U**mweltfrevler war schon eine zurückhaltende Bezeichnung, als vor einigen Jahren nahezu die gesamte alte Baumallee zwischen Barmstedt und Bevern abgeholzt wurde, damit der Schwerlastverkehr über eine verbreiterte Fahrbahn noch schneller und noch häufiger durch die Innenstadt fahren kann – von den Millionenkosten für den Wahnsinn ganz zu schweigen. Jetzt geht es weiter: Die nächsten alten Baumreihen zwischen Bevern und Ellerhoop werden abgeholzt, und es geht unter der SPD/Grünen-Landesregierung weiter wie unter der Vorgängerregierung.